

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
01/2013*



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Willkommen im Wahlkampfjahr 2013! Wie immer werde ich Euch über meine Arbeit sowie die neuesten Entscheidungen und Entwicklungen im Nationalrat informieren.

In den Januarsitzungen des Parlaments am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche ging es unter anderem um das Spekulationsverbot, die Europapolitik der Bundesregierung, den Schutz des heimischen Trinkwassers vor Privatisierung und neue Regeln für Fahrradfahrer.

Mit Blick auf Kärnten möchte ich Euch ganz besonders auf den 5-Punkte-Plan der Kärntner SPÖ und die Liste der 40 Grausamkeiten aufmerksam machen, die Ihr auf der [Seite der SPÖ Kärnten](#) einsehen könnt.

Zum Thema Trinkwasser möchte ich Euch auf die aktuelle Europäische Bürgerinitiative „Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ hinweisen, die auch vom ÖGB unterstützt wird. Näheres findet Ihr [hier](#).

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 30. und 31. Jänner trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Der Mittwoch startete mit einer **Aktuellen Stunde** zum **Spekulationsverbot**, es folgte die **Aktuelle Europastunde** „Für ein Europa mit mehr Wachstum, Beschäftigung, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Danach wurden die verfahrensrechtlichen Bestimmungen für die **Verwaltungsgerichtsbarkeit** neu geschaffen und standen Vorlagen aus dem **Petitions-, Rechnungshof- und Wirtschaftsausschuss** auf der Tagesordnung. Am Donnerstag wurden die Rechte von **Fahrgästen in Zügen gestärkt** und **neue Regeln für den Radverkehr** beschlossen. Dann wurden Vorlagen aus dem **Justiz-, Kultur-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss** beschlossen.

In der **Aktuellen Stunde** am Mittwoch betonte **Finanzstaatssekretär Andreas Schieder** die Bedeutung des **Spekulationsverbotes** für alle Gebietskörperschaften auf den Finanzmärkten. Das Verbot umfasst **drei Ebenen**: Erstens gilt die **Verfassungsbestimmung** für den gesamten Sektor Staat, zweitens werden Details und Sanktionen sowie das Gebot der Transparenz in einer umfangreichen **15a-Vereinbarung** festgeschrieben und drittens wird mit dem **Bundesfinanzierungsgesetz** das Spekulationsverbot auf Bundesebene umgesetzt. Der Grundsatz dabei lautet: **Risikominimierung vor Gewinnmaximierung**. Bei der Veranlagung von öffentlichen Geldern müssen Risiken vermieden werden. Das umfasst Derivate ohne Grundgeschäft bis zum Verbot von Veranlagungen auf Kredit.

In der **Aktuellen Europastunde** betonte **Bundeskanzler Werner Faymann**, dass beim nächsten Europäischen Rat der mehrjährige **Finanzrahmen** für die Union diskutiert wird. Sein Zustandekommen ist ein wichtiger Beitrag für das **Wirtschaftswachstum** in Europa. Der Finanzrahmen bis 2020 ist ein wichtiger Baustein, um die künftigen Investitionen in Forschung, Entwicklung, Infrastruktur, Bildung und den ländlichen Raum sicherzustellen und ein Teil einer **Wachstumsstrategie**, mit deren Hilfe die Arbeitslosigkeit, vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit, in der EU gesenkt werden soll.

Auch **SPÖ-Klubobmann Josef Cap** betonte, dass Europa den **Kampf für Wachstum und Beschäftigung** zentral setzen muss. Cap erinnerte daran, dass sich Bundeskanzler Werner Faymann bereits zu einem Zeitpunkt für die **Finanztransaktionssteuer** eingesetzt hatte, als er damit noch "eine einsame

Stimme" in Brüssel war. Nun muss sich Europa stärker für Wachstum und Beschäftigung engagieren und vor allem Schritte gegen die hohe **Jugendarbeitslosigkeit** in einigen Ländern setzen. Europa muss sich auch sozialen und ökologischen Herausforderungen stellen. Europa ist mehr als der Binnenmarkt. Europa braucht klare Regelungen für die Finanzmärkte im Interesse der Realwirtschaft, Europa braucht soziale, ökologische und demokratische Standards.

Am Nachmittag wurde im Rahmen der Behandlung eines **Dringlichen Antrags** der **Schutz des heimischen Wassers** diskutiert. Bundeskanzler **Werner Faymann** plädierte dabei für ein Verfassungsgesetz, um festzuschreiben, dass die Wasserversorgung nicht privatisiert werden kann, sondern als öffentliche Aufgabe zu sehen ist. Er betonte, dass der derzeitige Vorschlag für eine **EU-Richtlinie** vorsehe, dass im Fall einer öffentlichen Konzessionsvergabe **klare Regeln für die Ausschreibung und Vergabe** gelten müssen. Daher brachten die Regierungsparteien einen gemeinsamen **Entschließungsantrag** der Regierungsfractionen zur "Sicherstellung der Wasserversorgung durch die öffentliche Hand" ein. Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Nationalrat möglichst rasch den Entwurf einer verfassungsrechtlichen Regelung vorzulegen, mit der die Republik Österreich ihre **Kontrolle über die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser** weiterhin sicherstellt und Wasserversorgung als Ziel der Öffentlichen Hand verankert.

Der Donnerstag startete mit einer **Fragestunde** an Verkehrsministerin Doris Bures. Am Nachmittag wurde im Zuge einer Dringlichen Anfrage über die Beibehaltung der Wehrpflicht als Ergebnis der **Volksbefragung** diskutiert. Verteidigungsminister Norbert Darabos sprach sich dabei für eine **umfangreiche und grundlegende Reform des Bundesheeres** aus und betonte, dass er die Zahl bloßer Systemerhalter bereits reduziert habe. Am 20. Jänner 2013 hat die Bevölkerung eine klare Entscheidung getroffen, die selbstverständlich respektiert wird. Über eine Reform besteht über die Parteigrenzen hinweg Konsens und daher wurde seitens der Regierung bereits eine Arbeitsgruppe eingerichtet. **Abgeschmettert** wurde ein **Misstrauensantrag** der FPÖ mit fast **zwei Dritteln der Stimmen** aller Abgeordneten. Damit wurde der Arbeit von Verteidigungsminister Norbert Darabos ein **großer Vertrauensbeweis** erbracht.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 30.01.2013

Nächster großer Schritt in Richtung Verwaltungsreform – Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2012 ([2112 d.B.](#))

Nachdem im Dezember 2012 die organisationsrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich der Einrichtung des Bundesverwaltungsgerichts beschlossen worden sind, wurden in der Nationalratssitzung vom 30. Jänner 2013 die **verfahrensrechtlichen Bestimmungen** für die **Verwaltungsgerichtsbarkeit** beschlossen. Damit wird der Weg der Bundesregierung in Richtung Verwaltungsreform zügig weiter beschritten. Ziel des Bundesverwaltungsgerichts ist neben **schnelleren und besseren Entscheidungen** die **Stärkung der Rechtsstaatlichkeit** in Österreich. Durch die prognostizierte **Verfahrensbeschleunigung** wird es insgesamt auch langfristig zu einer Kostenreduzierung kommen. Die **Übergangsregelungen** werden geschaffen, um für die Betroffenen einen einfacheren Übergang vom alten ins neue System zu schaffen. Benachteiligungen für Rechtssuchende sollen vermieden werden. Im Rahmen der Debatte zur Verwaltungsgerichtsbarkeit wurde ein gemeinsamer Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP eingebracht, der zum Ziel hat, organisatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch **blinde und sehbehinderte Menschen** den Beruf des **Richters**, der Richterinnen ausüben können.

Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes: Änderungen sorgen für notwendigen Lückenschluss ([2068 d.B.](#))

Das Außenwirtschaftsgesetz wurde bereits 2011 beschlossen, um **Erwerbsvorgänge** durch Angehörige von Drittstaaten an **österreichischen Unternehmen** zu kontrollieren. Seitdem gibt es eine Genehmigungspflicht für diese Übernahmen von Unternehmen, die **relevant sind für öffentliche Sicherheit, Ordnung inklusive Daseins- und Krisenvorsorge**. Die Änderungen betreffen vor allem einen Lückenschluss, damit die **Genehmigungspflicht nicht umgangen** werden kann.

Weitere Beschlüsse

Regelung und Kontrolle von nuklearem Material – Sicherheitskontrollgesetz 2013 ([2065 d.B.](#))

Diese beschlossene Regelung ist eine Anpassung an EU-Vorgaben und regelt die Verwendung, Ausfuhr und Sicherung von nuklearem Material. Dabei handelt es sich ausschließlich um die Sicherheitskontrolle zur Überwachung der friedlichen Verwendung von Kernmaterial. Außerdem regelt es die Ausfuhrkontrolle von Kernmaterial und sensiblen Nukleargütern. Ein Zusatzprotokoll schafft im Rahmen eines Sicherheitskontrollabkommen mit der IAEA (Internationale Atombehörde) erweiterte Kontrollrechte, Meldepflichten und Inspektionsrechte.

Energielenkungsgesetz: Anpassungen sollen Versorgungssicherheit in Notfällen garantieren ([2066 d.B.](#))

Das Energielenkungsgesetz ist eine wesentliche Basis für die Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft mit Energie in Krisensituationen beziehungsweise Notfällen.

Darüber hinaus wurde die Geschäftsordnung des Nationalrates an das neue Haushaltsrecht des Bundes angepasst ([2019 d.B.](#))

Behandelte Berichte

Zahlreiche Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ([2064 d.B.](#))

Ein Bündel von Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern in Form von Petitionen und Bürgerinitiativen enthält der Sammelbericht des Petitionenausschusses. Es zeigt sich, dass auch immer mehr junge Menschen auf diesem Weg den direkten Kontakt mit der Politik suchen.

Rechnungshof prüft Webauftritt des Parlaments ([III-277/2083 d.B.](#))

Als sehr erfolgreich hat der Rechnungshof die Neugestaltung des Webauftrittes des Parlamentes in seinem Bericht beurteilt. Die Zugriffszahlen sind massiv gestiegen, von jährlich 98 Millionen auf 220 Millionen.

Rechnungshof analysiert Gestaltung von Managerverträgen ([III-261/2084 d.B.](#))

Der Bericht über die Managerverträge ist eine tiefgehende Analyse der Gehälter in der öffentlichen Wirtschaft und stellt eine Ergänzung zum alle zwei Jahre erscheinenden Einkommensbericht dar.

Rechnungshof nimmt Einnahmen aus der Mineralölsteuer unter die Lupe ([III-161/2085 d.B.](#))

Auch die Verwendung der höheren Einnahmen aus der Mineralölsteuer ist vom Rechnungshof unter die Lupe genommen worden. In diesem Zusammenhang wird angeregt, die zusätzlichen Mittel für Infrastruktur- und Klimaschutzmaßnahmen auszugeben.

Rechnungshof überprüft „Fußfessel“ und Kosten für medizinische Versorgung von Häftlingen ([III-314/2117 d.B.](#))

Die PrüferInnen des Rechnungshofes haben auch die Beschaffung der elektronischen Fußfessel untersucht und sind der Frage nachgegangen, ob diese dem Bundesvergabegesetz entsprechend durchgeführt wurde. Der Rechnungshof hat weiters die Ausgaben für die medizinische Versorgung von Häftlingen geprüft, die seit dem Jahr 2000 stark angestiegen sind, und zwar von 29,34 Mio. € auf 73,76 Mio. € (2010).

Die wichtigsten Beschlüsse vom Donnerstag, 31.01.2013

Fahrgastrechte werden weiter ausgebaut ([2118 d.B.](#))

Mit dem Fahrgastrechtepakete werden die **Kundenorientierung** und der **Konsumenschutz** bei den Bahnen weiter **gestärkt**. Die seit 2010 bestehenden strengen Richtlinien bei der Pünktlichkeit der Züge werden nochmals verschärft: Künftig werden an PendlerInnen mit Jahreskarte (rund 40.000) bereits **Entschädigungen** ausgezahlt, wenn die **Pünktlichkeit** unter **95 Prozent** (statt bisher 90 Prozent) liegt. Weiters wird ein **Fahrgastbeirat** eingerichtet, der nicht nur die Pünktlichkeit, sondern auch die Sauberkeit, den technischen Zustand der Züge und die Information der Fahrgäste kontrolliert.

Fahrradpaket für mehr Sicherheit im Radverkehr, Verbesserung für Hebammen und Menschen mit Behinderung ([2119 d.B.](#))

Mit dem Fahrradpaket gibt es künftig **mehr Raum und Sicherheit sowie klare Regeln** für **RadfahrerInnen**. Straßenerhalter bekommen die Möglichkeit, eigene Fahrradstraßen und Begegnungszonen zu schaffen.

Fahrradstraßen sind Straßen oder auch nur Straßenabschnitte, die den FußgängerInnen und RadfahrerInnen vorbehalten sind. **Begegnungszonen** sind Bereiche, die von Fahrzeugen und FußgängerInnen gleichberechtigt im Mischverkehr genutzt werden können. Die **Höchstgeschwindigkeit** beträgt dort **20 km/h**, nur im Ausnahmefall sind auch 30 km/h erlaubt. Aus Gründen der Sicherheit gilt künftig am Fahrrad, so wie beim Autofahren, ein dezidiertes **Handytelefonierverbot**.

Zudem enthält die Novelle eine **Erleichterung für Menschen mit Behinderung**, die bisher separat einen Parkausweis und einen Behindertenpass beantragen mussten. Nun wird der **Parkausweis** beim Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen beantragt und als Anlage zum Behindertenpass ausgestellt.

Auch für **Hebammen** gibt es eine Verbesserung. Künftig dürfen sie, wenn sie zur Geburtshilfe gerufen werden, so wie ÄrztInnen im Dienst ihr **Auto** auch im **Halte- und Parkverbot** abstellen.

Weitere Beschlüsse

EU-Richtlinie für IVS-Gesetz – Intelligente Verkehrssysteme-Gesetz [\(2122 d.B.\)](#)

Durch die Umsetzung einer EU-Richtlinie wird ein geeigneter gesetzlicher Rahmen für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme in Österreich geschaffen. Um verstärkt auf Datenschutzbelange eingehen zu können, wird die Datenschutzkommission ebenfalls im vom BMVIT einzurichtenden IVS-Beirat vertreten sein.

Bessere Verknüpfung von Verkehrsträgern [\(2123 d.B.\)](#)

Mit dieser Novelle des Bundesstraßengesetzes soll die direkte Anbindung bestimmter Anlagen der Verkehrsträger Schiene, Luft und Wasser an Bundesstraßen ermöglicht werden. Dadurch soll der durch diese Verkehrsträger verursachte Schwerverkehr auf kurzem Weg dem höherrangigen Straßennetz zugeführt und dadurch das niederrangige Straßennetz entlastet werden.

Österreich führt elektronisches Verkehrsunternehmensregister ein [\(2124 d.B.\)](#)

Das ist eine Sammelnovelle, die EU-Verordnungen über gemeinsame Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmens, für den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs sowie für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehr umsetzt. Auch werden Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitszeit selbständiger Kraftfahrer umgesetzt. Diese sind notwendig, um Umgehungen durch Scheinselbständige zu verhindern.

Traktorführerschein: Ausnahme von Mitführipflicht wird wieder eingeführt [\(2125 d.B.\)](#)

Mit dieser Novelle des Führerscheingesetzes werden Vereinfachungen und Deregulierungen im Bereich der Fahrschulen umgesetzt und die Grundlage für eine zentrale § 57a-Begutachtungsplakettendatenbank geschaffen. Die Ausnahmeregelung im Führerscheingesetz für LenkerInnen von landwirtschaftlichen Fahrzeugen wird wieder eingeführt.

Bürgerinitiative "Stoppt die Vorratsdatenspeicherung" [\(2086 d.B.\)](#)

Kritisch gegenüber der Vorratsdatenspeicherung äußerten sich die SPÖ-Abgeordneten anlässlich der Behandlung der diesbezüglichen Bürgerinitiative im Nationalrat. Laut Meinung der Abgeordneten ist die Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Europäischen Grundrechtscharta vereinbar. Konkret wird ein Widerspruch mit Artikel 8 der Charta, welcher jeder Person das Recht auf Schutz der sie betreffenden personenbezogenen Daten garantiert, vermutet. Derzeit gilt es eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) abzuwarten, der derzeit prüft, ob eine Grundrechtskonformität gegeben ist oder nicht. Bis November 2012 gab es in Österreich 188 Datenabfragen durch Justiz- und Sicherheitsbehörden, in keinem Fall ging es dabei aber um Terrorismusbekämpfung – die eigentliche Intention der EU-Richtlinie.

Novelle Bundesmuseen-Gesetz 2002 ([2127 d.B.](#))

Mit dieser Novelle des Bundesmuseen-Gesetzes wird der Grundstein für ein Literaturmuseum gelegt. Sie sieht die Übertragung des ehemaligen Hofkammerarchivs an die Nationalbibliothek vor. Das unter Denkmalschutz stehende Hofkammerarchiv bietet hinsichtlich Standort, Architektur, Platzangebot und Raumaufteilung beste Voraussetzungen für ein modernes und innovatives Literaturmuseum. Darüber hinaus wird eine formale Bereinigung im Zusammenhang mit dem wiedereröffneten 21er-Haus vorgenommen.

Beschaffung von Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen des Bundes ([2115 d.B.](#))

Einstimmiger Beschluss, der den Bund dazu aufruft, Produkte des regionalen Bio-Landbaus einzukaufen.

Umsetzung von Europäischen Richtlinien zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt([2130 d.B.](#))

Beschlossen wurde mit dem Bundesgesetz über das Inverkehrbringen von Gasölen eine Festlegung des maximalen Schwefelgehalts in von Binnenschiffen, mobilen Maschinen, Geräten und Sportbooten gebrauchten Gasölen. Außerdem werden in diesen Richtlinien Bestimmungen für die Kontrolle der Einhaltung der Gasölspezifikation und Strafbestimmungen für den Fall eines Verstoßes festgelegt.

Behandelte Berichte

Kunstbericht 2011 ([III-341/2126 d.B.](#))

Im Kunstbericht werden alle Förderungen und Kunstankäufe im Detail dargestellt und mit dem entsprechenden Betrag ausgewiesen. Die Förderausgaben im Bereich Kunst beliefen sich 2011 auf € 85,284 Mio. Es wurden dabei folgende Schwerpunkte gesetzt: Förderung des künstlerischen Nachwuchses, internationale Präsenz österreichischer KünstlerInnen, Digitalisierung der Programmkinos, Stärkung der Kulturinitiativen, Zwei-Jahresverträge für Kultureinrichtungen, Ausbau der Kulturvermittlung, Entlastung der KünstlerInnen im Bereich der Sozialversicherung. Zum Kunstbericht wurden von Seiten der SPÖ zwei Entschließungsanträge eingebracht. Gefordert wird einerseits, dass der Bedeutung von Filmfestivals stärker Rechnung getragen wird und deren Aktivitäten im Berichtswesen extra ausgewiesen werden. Andererseits soll die Gender-Statistik im Berichtswesen ausgeweitet werden. In Zukunft soll auch eine Auswertung der Spielpläne und Ausstellungstätigkeit auf ihre Geschlechterausgewogenheit erfolgen.

Reden

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ja, wir brauchen und wir wollen ein nachhaltiges und sinnvolles Wachstum für die EU und damit ja letztendlich auch für uns. Aber eines möchte ich zu Beginn gleich klarstellen: Wir von der SPÖ wollen kein Europa eines David Cameron, also kein Europa, das sich auf den Binnenmarkt reduziert, ohne gemeinsame Arbeits-, Sozial- und Umweltpolitik. Das ist uns wichtig. Wir wollen auch kein Europa, in dem die ArbeitnehmerInnenrechte beschnitten werden und wir wollen auch kein Europa, in dem die ureigenen Aufgaben unserer Gemeinden privatisiert und den Marktinteressen untergeordnet werden. Ich denke dabei – das ist heute schon angeschnitten worden – an die qualitativ hochwertige und flächendeckende Grundversorgung aller Bürger und Bürgerinnen zu leistbaren Preisen. Das ist der Punkt.

Wir wollen ein anderes Europa, wir wollen ein Europa, das seine Entscheidungen demokratisch und transparent trifft, wir wollen ein Europa, das seiner Jugend eine Zukunft bietet, und ein Europa, wo jeder einen angemessenen Beitrag zum Allgemeinwohl leistet, auch die Finanzindustrie. *(Präsident Neugebauer übernimmt den Vorsitz.)*

An diesem Europa, an einem sozial gerechten Europa arbeiten wir, und die Bundesregierung, und hier insbesondere der Herr Bundeskanzler, hat im vergangenen Jahr auf der europäischen Ebene schon etliche Impulse für ein sozialeres Europa setzen können. Dass die Finanztransaktionssteuer – das wurde angesprochen – nun endlich kommt, das hätten doch viele vor einem Jahr noch nicht gedacht. Und dass sie jetzt eingeführt worden ist, ist das Ergebnis des „Bohrens harter Bretter“, das der Herr Bundeskanzler in Brüssel auf EU-Ebene getätigt hat. Es ist aber auch ein Verdienst dieses Parlaments, das die Finanztransaktionssteuer immer wieder unterstützt hat und der Regierung damit in den Verhandlungen einen starken Rückhalt gegeben hat. Umso mehr freut es mich, dass die Finanztransaktionssteuer jetzt Wirklichkeit wird, und ich denke, es ist hoch an der Zeit, dass dies passiert, dass diejenigen, die die Krise verursacht haben, letztendlich auf EU-Ebene auch zur Kasse gebeten werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ein weiteres wichtiges Projekt, meine Damen und Herren, ist die europaweite Jugendgarantie. Auf Initiative der SPÖ haben wir sie in Österreich schon eingeführt, jetzt soll dieses Modell ein Modell für ganz Europa werden. Das Jugendgarantieprogramm, das die Kommission vorgelegt hat und das vor zwei Wochen auch vom EU-Parlament abgesegnet worden ist, ist de facto eine Übernahme des österreichischen Modells.

Damit schaffen wir in Europa endlich, was angesichts der Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 56 Prozent – bis zu 56 Prozent! – schon längst hätte umgesetzt werden müssen: eine Garantie nach österreichischem Vorbild für jeden europäischen Jugendlichen, nach der Ausbildung einen Job oder zumindest eine Weiterbildung zu erhalten. Denn was wir nicht dürfen, ist, tatenlos zusehen, wie fast 6 Millionen Jugendliche in Europa ihre Zukunftsperspektive verlieren.

Ebenso wie wir uns für die Finanztransaktionssteuer und für die Jugendgarantie eingesetzt haben, werden wir uns – und das ist heute auch schon angeklungen –, wird sich die SPÖ dafür einsetzen, dass die Daseinsvorsorge dort bleibt, wo sie hingehört, nämlich in der Verantwortung der öffentlichen Hand, der Städte, der Gemeinden. Und das gilt auch ganz besonders für die Trinkwasserversorgung. Eine Privatisierung des heimischen Wassers wird es mit der SPÖ nicht geben. Privatisierungen wie zum Beispiel in Paris, Potsdam und London haben uns ja gezeigt, dass dies zu Preisexplosionen und zu viel schlechteren Infrastrukturen führt. Auf Landesebene wurden bereits Anträge eingebracht, nämlich in Oberösterreich – demnächst folgt einer in Kärnten –, auf Bundesebene wollen wir einen Antrag einbringen, der das Ziel hat, dass Wasser unter öffentlicher Kontrolle bleibt. Denn: Den privaten Konzernen ist es egal, wie die Wasserqualität ist, und es ist ihnen vor allem auch egal, ob sich alle das Wasser leisten können.

Da ist die Position der SPÖ ganz klar: Wasser ist keine Ware, sondern ist ein Menschenrecht. Daher hoffe ich auf breite Unterstützung. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Anträge und Anfragen

[Anfrage an den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend die Kennzeichnung von Waren aus Siedlungen in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten \(13776/J\) \(31.01.2013\)](#)

[Anfrage an die Bundesministerin für Finanzen betreffend die Kennzeichnung von Waren aus Siedlungen in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten \(13776/J\) \(31.01.2013\)](#)

[Anfrage an den Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend betreffend die Kennzeichnung von Waren aus Siedlungen in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten \(13776/J\) \(31.01.2013\)](#)

[Antrag betreffend der Gespräche zwischen der türkischen Regierung und dem inhaftierten Führer der PKK, Abdullah Öcalan \(31.01.2013\)](#)

Pressemeldungen und Veranstaltungen:

[Muttonen : Freihandelsabkommen sind kein Selbstzweck 15.01.2013](#)

[Muttonen : Gemeinsam Kraftanstrengungen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa unternehmen 15.01.2013](#)

[Finanztransaktionssteuer - Muttonen begrüßt Ermächtigung zur verstärkten Zusammenarbeit 22.01.2013](#)

[Muttonen zu Cameron: Britische Sonderrolle ist kein Modell! 23.01.2013](#)

[Muttonen : SPÖ klar gegen Wasserprivatisierung 29.01.2013](#)

[Nationalrat - Muttonen : Europaweite Jugendgarantie bringt Zukunftsperspektiven 30.01.2013](#)

SPÖ-Wahlkampfauftakt in Kärnten



Am Samstag, dem 26.01.2013 fand der Wahlkampfauftakt der SPÖ Kärnten im Casineum Velden statt. Gemeinsam mit Staatssekretär Josef Ostermayer, dem Landeshauptmann der Steiermark, Franz Voves und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas, machte der SPÖ-Spitzenkandidat, LHStv. Peter

Kaiser machte auf der Veranstaltung noch einmal deutlich: Kärnten ist besser als der Ruf, den uns Dörfler und Co eingebrockt haben! Kärnten kann mehr! Am 3. März haben die Kärntnerinnen und Kärntner die große Chance einen Wechsel in der politischen Kultur ihres Landes herbeizuführen. An die Stelle der FPK-Skandalpolitik muss endlich mehr Ehrlichkeit, Anstand, Moral und Verantwortungsbewusstsein für Kärnten treten.

Die SPÖ, erklärte Kaiser, steht für diesen Wandel bereit und hat in einem ["5-Punkte-Plan"](#) ihre Ideen für eine starke Zukunft Kärntens vorgelegt. Dazu gehört unter anderem eine flächendeckende Versorgung mit Ganztagschulen, die Abschaffung des Pflegeregress und der Ausbau der Gesundheitsvorsorge. Um noch einmal deutlich zu machen, wie wichtig der politische Wechsel für Kärnten ist, präsentierte der SPÖ-Spitzenkandidat das ABC der politischen Grauslichkeiten der heutigen FPÖ und der ÖVP. Von A wie Abwanderung und Austria Klagenfurt, über B wie das 12 Millionen Birnbacher-Skandalhonorar, das sich FPÖ und ÖVP untereinander aufteilen wollten oder P wie dem entwürdigenden und unsolidarischen Pflegeregress und part of the game bis zu Z wie Zukunftsfonds, wo die FPÖ einen Diebstahl der Zukunft unserer Kinder plant. Die [gesamte Liste](#) kann zur Auffrischung der eigenen Erinnerung auf der Seite der SPÖ Kärnten eingesehen werden, wo sie täglich ergänzt wird.



Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Manfred Ebner für Kärnten

HTL Award für junge Lebensretter



Am 25. Januar 2013 hatte ich die große Freude, gemeinsam mit Schuldirektor Gerhard Stefanschitz, Abteilungsvorstand Helmut Schmalzl (Fotograph!) und Villachs Vize-Bürgermeister Günther Albel an meiner ehemaligen Schule den erstmals verliehenen HTL-Award zu überreichen. Der in Österreich einzigartige Preis wurde von Professor Dieter Schmon initiiert, um besondere außerschulische Leistungen und Zivilcourage zu würdigen. Preisträger in diesem Jahr waren zwei Schüler aus der Abteilung Netzwerktechnik. Lukas Truppe und Marc Pichler hatten im vergangenen April eine verunglückte Frau unter Einsatz ihres Lebens aus der Drau geborgen. Neben dem Award, einer Metallsäule aus Chromstahl, wurden zwei von der „Kleinen Zeitung“ gesponserte VIP Karten für den Kärntner Ironman übergeben.

derer außerschulische Leistungen und Zivilcourage zu würdigen. Preisträger in diesem Jahr waren zwei Schüler aus der Abteilung Netzwerktechnik. Lukas Truppe und Marc Pichler hatten im vergangenen April eine verunglückte Frau unter Einsatz ihres Lebens aus der Drau geborgen. Neben dem Award, einer Metallsäule aus Chromstahl, wurden zwei von der „Kleinen Zeitung“ gesponserte VIP Karten für den Kärntner Ironman übergeben.

Sitzung der parlamentarischen Versammlung des Europarats



Vom 20. bis zum 24. Januar war ich auf der Wintersitzung der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg. Wichtige Punkte auf der Tagesordnung waren dieses Mal die Debatte über die allgemeine Menschenrechtssituation in Aserbaidschan und die Lage der dort inhaftierten politischen Gefangenen, sowie die Lage der Pressefreiheit in Europa und die

humanitäre Situation in den Unruheherden Georgiens und Russlands. Auf Vorschlag der sozialdemokratischen Fraktion wurde ich zudem in den Monitoring-Ausschuss gewählt, der dafür zuständig ist, zu beobachten, wie Mitgliedstaaten die Verpflichtungen einhalten, die sie nach dem Beitritt eingegangen sind. Weitere interessante Informationen über die aktuelle Arbeit der Versammlung des Europarats könnt Ihr unter <http://assembly.coe.int/defaultE.asp> einsehen.

SPÖ-Landesfrauenkonferenz: „Fünf Pläne für Kärnten“ bringen Frauen viele Verbesserungen

Unter dem Motto "Wir Frauen bewegen Kärnten" fand am 19. Januar 2013 die Landesfrauenkonferenz der Kärntner SPÖ in St. Veit statt. Die bisherige Landesfrauenvorsitzende BRin Ana Blatnik wurde mit überragenden 97,8% der Stimmen in ihrem Amt bestätigt. In ihrer Rede machte die alte und neue Landesfrauenvorsitzende deutlich, dass Frauen wie Männer jetzt die Chance haben, etwas in Kärnten zu bewegen und endlich die politische Kultur Kärntens zum Besseren zu verändern. Dafür sei auch entscheidend, dass möglichst viele KärntnerInnen an der Landtagswahl im März teilnehmen, denn so Blatnik: „Wer nicht zur Wahl geht, unterstützt die Politik der Skandale“.

SPÖ-Landesparteivorsitzender Landeshauptmann-Stv. Peter Kaiser gratulierte Ana Blatnik zur Wiederwahl. In seiner Rede ging der Vorsitzende noch einmal auf die [Fünf SPÖ-Pläne für eine starke Zukunft Kärntens](#) ein und unterstrich deren Vorteile, insbesondere für die Kärntner Frauen. Er betonte außerdem, dass „die Leistungen von Frauen, ob in den Familien oder in der Arbeitswelt, noch stärker in den Vordergrund gerückt und auch fair und gerecht abgegolten werden müssen.“

Auch Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek wies auf weitere notwendige Verbesserungen insbesondere bei den Gehaltsangleichungen hin und bekräftigte ihre Forderung, die Familienförderung umzubauen, um eine faire und gerechte Förderung für alle Familien zu erreichen.

Aussprache über die irische Ratspräsidentschaft



Am 15. Januar war der irische Botschafter, James Brennan, für eine Aussprache im Nationalrat. Thema war das Programm der irischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2013. Der Botschafter erklärte Irlands Prioritäten für Europa seien Stabilität, Jobs und Wachstum. Besonders wichtig sei die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit. Ausdrücklich lobte der Botschafter das duale österreichische Ausbildungssystem, das für die jetzt notwendigen Reformen Vorbildcharakter habe. Irland werde sich dafür einsetzen, dass die angedachte europaweite Jugendgarantie möglichst bald umgesetzt werden kann. Weitere wichtige Punkte, die Irland während seiner Ratspräsidentschaft vorantreiben will, sind die Finanztransaktionssteuer, die gemeinsame Bankenunion und eine Übereinkunft bei den Verhandlungen über den EU-Haushaltsrahmen der Jahre 2014-2020.

Von sozialdemokratischer Seite begrüßten ich, mein Kollege Kai Jan Krainer und Bundesrat Stefan Schennach den irischen Fokus auf die Jugendarbeitslosigkeit und die bessere Überwachung der europäischen Banken. Auch das irische Versprechen, die Finanztransaktionssteuer weiter voranzutreiben, wurde von uns positiv bewertet. Kritik gab es von unserer Seite jedoch insbesondere für die radikal niedrige Körperschaftssteuer von 12,5%, mit der Irland versucht Unternehmen auf die Insel zu locken. Mit dieser Politik unterstützt Irland eine Steuerwettbewerb, der zu immer geringeren Körperschaftssteuern führt und somit zu Einnahmeausfällen in den eh schon stark strapazierten Haushaltskassen der EU-Länder.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien

www.christine-muttonen.at